

Der Vollzugsdienst

4-5/2021 – 68. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Gefangenenzzeitung
„der lichtblick“ greift
Bedienstete massiv an**

Justizverwaltung in Berlin
bleibt untätig

Seite 1

**Moderne Technik und Justiz-
vollzug: Schöne neue Welt –
aber nicht hinter Gittern!**

Erfahrungsbericht
einer leidgeprüften Kollegin

Seite 41

**Niedersächsische
Vollzugsbedienstete gehen
auf die Straße**

VNSB hatte zur Demonstration
vor dem Landtag aufgerufen

Seite 51

Wahnsinn hinter Stahl und Beton

**Dauerbrenner im Justizvollzug:
„Wie umgehen mit psychisch
auffällig Inhaftierten?“**

Lesen Sie mehr dazu
ab Seite 5 dieser Ausgabe

Foto: © Yay Images / stock.adobe.com



BUNDESHAUPTVORSTAND



BAYERN



RHEINLAND-PFALZ

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Gefangenenzzeitung „der lichtblick“ greift Bedienstete massiv an – Justizverwaltung Berlin bleibt untätig
- 2 Die Tarifforderungen liegen auf dem Tisch
- 4 40. Bundesgewerkschaftstag 2021 am 10./11. November in Soltau/Niedersachsen
- 4 Nach langer Pause wieder ein BSBD Bundesseminar
- 5 Wahnsinn hinter Stahl und Beton – Eine Tragödie in vielen Akten
- 8 Arbeit hinter verschlossenen Türen – Psychologen und Psychotherapeuten in Justizvollzugsanstalten
- 10 Bundesseniorenvertreter Klaus Neuenhüsches geht von Bord

LANDESVERBÄNDE

- 11 Baden-Württemberg
- 26 Bayern
- 32 Berlin
- 36 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 40 Hessen
- 48 Mecklenburg-Vorpommern
- 51 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 73 Saarland
- 76 Sachsen
- 77 Sachsen-Anhalt
- 82 Thüringen
- 79 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2021:

➡ ➡ 14. Dezember 2021

Justizgewerkschaften im Gespräch mit Minister Adams

Schwerpunkte: Ausbildung, Personalsituation, Beförderungen, Neubau der JVA Zwickau

Am 23. Juni 2021 fand im TMMJV ein Gespräch des Landesvorstandes des Thüringer Beamtenbundes (tbb) und der im tbb organisierten Berufsverbände und Gewerkschaften der Justizbeschäftigten mit Justizminister Adams statt. Neben dem BSBD als mitgliederstärkster Interessenvertretung der Beschäftigten im Bereich der Justiz hat der Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) sowie der Deutsche Gerichtsvollzieher-Bund (DGVB) an dem vom tbb moderierten Gespräch teilgenommen. Neben dem Justizminister hat Herr Scheider (Abteilungsleiter Justizvollzug) als Vertreter des Ministeriums am Gespräch teilgenommen.



Der BSBD wurde vom Vorsitzenden Kollegen **Bursian** und Kollegen **Allgäuer** als stellv. Vorsitzender des BSBD in Personalunion als stellv. Vorsitzender des tbb vertreten.

Schwerpunkte des Gesprächs waren die Organisation und Durchführung der Ausbildung und mögliche Alternativen zur Durchführung der Ausbildung am BZ Gotha, die Stellenbesetzung und Ausnutzung von Beförderungsmöglichkeiten und als besonderes Anliegen des BSBD die Probleme im Zusammenhang mit dem Neubau der JVA Zwickau.

Der BSBD wies erneut darauf hin, dass die gegenwärtigen Einstellungszahlen nicht ausreichen, um das Personalproblem in absehbarer Zeit zu lösen. Aus unserer Sicht ist es erforderlich, in den nächsten Jahren mindestens 50 Anwärter jährlich einzustellen. Darauf hatten wir schon bei Veröffentlichung des Personalkonzepts für den Justizvollzug im Jahr 2018 hingewiesen.

Im Hinblick auf die Ausbildung im Justizvollzug haben wir auf die aus unserer Sicht nicht mehr ausreichenden Ressourcen und die nicht mehr zeitgemäßen Ausbildungsbedingungen hingewiesen und Verbesserungen auch bei der Personalausstattung der Ausbildungsstätte gefordert. Zudem wird es nachweislich schwieriger, eine ausreichende Anzahl an Bewerbern zu gewinnen. Eine Ursache dafür ist der Umstand, dass Thüringen bundesweit den

letzten Platz bei den Anwärterbezügen im Vollzug offensichtlich hartnäckig verteidigt. Seit 2018 ist es in keinem Jahr gelungen, die vorgesehene Zahl an Einstellungen auch tatsächlich zu erreichen. Die Jahre davor sind kaum repräsentativ, weil wenig oder überhaupt nicht ausgebildet wurde.

In diesem Zusammenhang hat der BSBD auf seine 2019 öffentlich geäußerte Kritik hingewiesen, wonach es nicht ausreicht, 25 oder 30 Anwärter jährlich einzustellen (s. exemplarisch https://www.bsbd-thueringen.de/aa_pdf/PDF836.pdf, https://www.bsbd-thueringen.de/aa_pdf/PDF846.pdf).

Zwar wurden zwischenzeitlich die Einstellungszahlen von 25 auf 40 Anwärter erhöht, dies reicht aber immer noch nicht aus, um den in der Personalberechnung festgestellten Personalbedarf in absehbarer Zeit zu erreichen. Dazu sind nach unseren Berechnungen mindestens 50 Einstellungen jährlich erforderlich. Im Hinblick auf die Stellensituation und die erreichten Stellenhebungen haben wir gefordert, diese auch zu nutzen. Vom TMMJV wurde in Aussicht gestellt, dass in diesem Jahr in deutlich größerem Umfang Beförderungen erfolgen sollen, Schwerpunkt sollen Beförderungen nach A8 sein.

In diesem Zusammenhang kritisierte der BSBD erneut die vom TMMJV vorgenommene Stellenbewertung. Minister Adams teilte mit, dass der Bünde-

lung der Dienstposten von A 7 bis A9 vom Finanzministerium nicht zugestimmt wurde. Nunmehr beabsichtigt das TMMJV alle Dienstposten mit A8 zu bewerten und dann die Dienstposten A8 und A9 zu bündeln. Dazu sei keine Zustimmung des Finanzministeriums erforderlich.

Der BSBD wies darauf hin, dass er nicht nachvollziehen kann, warum bei der Polizei eine solche Bündelung offensichtlich erfolgte, weil im Haushaltsplan nur A9er Stellen ausgewiesen sind und den Justizvollzugsbeamten dies verwehrt wird.

Der BSBD wird sich weiter für eine Dienstpostenbewertung, die es allen Angehörigen der Laufbahn ermöglicht, das Endamt zu erreichen, einsetzen.

Weiterer Schwerpunkt war der Neubau der JVA Zwickau.

Auf unsere Nachfrage hin wurde bestätigt, dass das vom Personalrat der JVA Hohenleuben und den dortigen Gremien und Vertretern erarbeitete Positionspapier (welches selbstverständlich auch dem BSBD-Landesvorstand vorliegt) dem Ministerium und damit dem Minister bekannt ist.

Den Äußerungen des Ministers war weiter zu entnehmen, dass entgegen der Wahrnehmungen und Befürchtungen, dass sich Thüringen auf eine weitgehende passive Rolle zurückzieht, zwischenzeitlich mit konkreten Verhandlungen zur Vorbereitung der im Staatsvertrag verbindlich vorgesehenen Verwaltungsvereinbarung zum Übergang des Personals begonnen wurde.

Hinsichtlich unserer auch beim persönlichen Gespräch mit dem Minister im September 2020 geäußerten Forderung nach Einbeziehen der Beschäftigten (siehe *BSBD-Infos 9, 10 /2020*) wurde uns mitgeteilt, dass das TMMJV eine Veranstaltung in Hohenleuben auch mit Vertretern aus dem sächsischen Justizvollzug plant, um für Fragen zur Verfügung zu stehen und mit den Beschäftigten ins Gespräch zu kommen. Ein solches Gespräch sei noch in 2021 vorgesehen. Es wird angestrebt, dass auch Vertreter aus dem sächsischen Justizministerium an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Der Landesvorstand

Trotz Corona-Pandemie viele Aktivitäten

BSBD Landeshauptausschuss tagte in der JVA Hohenleuben

Die Dienstpostenbewertung wird ein Dauerthema bleiben

Am 7. Juli 2021 tagte der Landeshauptausschuss (Vorsitzende der Ortsverbände und der Landesvorstand) in der JVA Hohenleuben. Unsere letzte Präsenzsitzung vom Herbst 2019 lag lange zurück, so dass es viel zu besprechen gab. Zwar gab es auch in der Zwischenzeit viele Kontakte und auch Videokonferenzen, diese ersetzen aber keine Präsenzveranstaltungen.

Als neue Mitglieder im Hauptausschuss wurden die Kollegen **Heiko Reckenbeil** (OV Untermaßfeld) und **Michael Fischer** (OV Tonna) begrüßt. Kollege **Reckenbeil** war zum Vorsitzenden des OV Untermaßfeld gewählt worden. Kollege **Fischer** nimmt bis zu einer Neuwahl als gewähltes Ortsvorstandsmitglied die Aufgaben des Vorsitzenden des OV Tonna wahr.

Zu Beginn der Sitzung bedankte sich der Landesvorstand bei dem Kollegen **Michael Vonhoff** (OV Untermaßfeld) für seine langjährige Tätigkeit als Ortsverbandsvorsitzender mit einer Ehrenurkunde und einem Präsent.

Trotz der Corona-Pandemie konnte der Landesvorstand von vielen Aktivitäten berichten. Dazu gehören mehrere Gespräche mit **Minister Adams** sowie den Landtagsabgeordneten **Franziska Baum** (FDP Fraktion) und **Dr. Iris Martin Gehl** (Fraktion Die Linke). Besonders hervorzuheben ist allerdings, dass es dem BSBD im Zuge der Haushaltsverhandlungen zum Haushalt 2021 gelungen ist, 100 Stellenhebungen von A 7 nach A 9 zu erreichen. Damit konnten

200 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im **mittleren Allgemeinen Vollzugsdienst** geschaffen werden, ohne die in diesem Jahr nahezu keine Beförderungsmöglichkeiten möglich gewesen wären. Zunächst hatte der Minister im September 2020 auch unter Bezug auf die damaligen Äußerungen der Finanzministerin im Gespräch signalisiert, dass der Haushalt kaum Möglichkeiten für Stellenhebungen zulasse. Im mittleren Dienst waren nur etwa 10 Stellenhebungen vorgesehen, bereits dies sein nach damaligen Mitteilungen als Erfolg zu werten.

Nachdem uns durch unsere Kontakte bekannt geworden ist, dass der Haushalts- und Finanzausschuss in anderen Ressorts, insbesondere bei der Polizei umfangreichen Stellenhebungen zugestimmt hat (die genaue Zahl war uns nicht bekannt), hat sich der Landesvorstand schriftlich an den Ministerpräsidenten, die Landesregierung und die Fraktionen gewandt und auch für den Justizvollzug weitere Stellenhebungen gefordert. Diese Forderung wurde von den Regierungsfractionen in einem Änderungsantrag, der die Anhebung von 100 Stellen von A 7 nach A 8 beinhaltete, aufgegriffen. Der Haushalt wurde dann mit dieser Änderung im Dezember 2020 verabschiedet.

Anfang März 2021 hat sich der BSBD hinsichtlich der Priorisierung der Beschäftigten bei der Impfreihenfolge und der erst zu diesem Zeitpunkt bekannt gewordenen Stellenbewertung schriftlich an den Minister gewandt. Kurze Zeit später haben die Beschäf-

tigten im Justizvollzug die Möglichkeit zur Impfung erhalten. Thüringen war eines der ersten Bundesländer, in dem den Beschäftigten diese Möglichkeit eingeräumt worden ist.

Deutlich zäher gestaltet sich allerdings das Thema der Dienstpostenbewertung. Wir haben mehrfach über das Thema berichtet. Hinsichtlich unserer Nachfragen und Forderungen wurde uns mitgeteilt, dass derzeit eine Überarbeitung stattfindet. Der BSBD setzt sich weiter dafür ein, dass alle Bediensteten unabhängig vom jeweiligen Dienstposten die Möglichkeit haben, das Endamt der Laufbahn zu erreichen (siehe auch Artikel „zum Gespräch mit **Minister Adams**“ am 23. Juni 2021).

Ein Teilerfolg konnte bereits verzeichnet werden, da das Ministerium zwischenzeitlich schriftlich zugesichert hat, dass es keine Dienstposten im Justizvollzug mehr gibt, die ausschließlich der Besoldungsgruppe A 7 zugeordnet sind. Nach der bis dahin geltenden Dienstpostenbewertung wäre es für viele Bedienstete nur schwer möglich gewesen, nach A 8 befördert zu werden. Sie hätten den Dienstposten wechseln müssen, um befördert zu werden.

Die Dienstpostenbewertung wird (leider) für uns ein Dauerthema bleiben.

Breiten Raum nahmen in der Sitzung auch die Berichte aus den Ortsverbänden ein. Auf diesen Schwerpunkt möchten wir hier nicht näher eingehen, da die Situation in den Anstalten hinreichend bekannt ist. Schwerpunkt aller Berichte war die Personalsituation in den Anstalten und der Umstand, dass die Zuordnung der Anwärter nach der Ausbildung keine Entlastung oder Verbesserung bringt, sondern bestenfalls die Personalabgänge kompensiert.

Es wurde aber auch berichtet, dass sich zunehmend Probleme mit Versetzungen und Abordnungen im Zusammenhang mit der Verteilung der Anwärter und der Realisierung von Versetzungswünschen ergeben.

Die entsprechenden Entscheidungen sind intransparent und wirken gelegentlich auch willkürlich. Nach einer entsprechenden Diskussion wurde beschlossen, dass sich der BSBD für eine Dienstvereinbarung zu diesem Thema einsetzen wird, die es einerseits ermöglicht, Entscheidungen nachzuvollziehen und andererseits den Beschäftigten ermöglicht, einzuschätzen, wann ein Versetzungsgesuch voraussichtlich be-



Symbolfoto:
© domoskanonos/
stock.adobe.com

Das Ministerium hat schriftlich zugesichert, dass es keine Dienstposten im Justizvollzug mehr gibt, die ausschließlich der Besoldungsgruppe A 7 zugeordnet sind.

willigt wird. Der Vorstand wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die Probleme in Folge der jetzt höheren Einstellungszahlen noch verschärfen könnten und er sich deshalb schon länger dafür einsetzt, regional bzw. anstandsbezogen einzustellen.

Schwerpunkt des Berichts des OV Hohenleuben war wiederum der Neubau der JVA Zwickau. Entgegen anderweitiger Versprechungen ist hinsichtlich der offenen Fragen zum Übergang des Personals immer noch nichts passiert. Der Landesvorstand berichtete über seine diesbezüglichen Initiativen.

Zwischenzeitlich hat das **TMMJV** signalisiert, eine entsprechende Veranstaltung in Hohenleuben durchführen zu wollen, auf den Artikel zum Gespräch mit **Minister Adams** vom 23. Juni 2021 möchten wir verweisen.

Gegenstand der Sitzung war auch die Auswertung des Gewerkschaftstages des **tbb**, der als Onlineveranstaltung in mehreren Teilen durchgeführt wurde. Einhellig begrüßt wurde, dass sich mit der Wahl des Kollegen **Allgäuer** zum stellv. Landesvorsitzenden des **tbb** unsere Kontakte auch auf Landesebene weiter verbessert haben. Wir erhoffen uns damit mehr Chancen und Möglichkeiten, unseren Forderungen im politischen Bereich auf Landesebene noch mehr Nachdruck verleihen zu können.

Der Gewerkschaftstag hat zudem alle Anträge des **BSBD** angenommen, auf die entsprechenden Veröffentlichungen in den vorherigen Ausgaben des Vollzugsdienstes möchten wir verweisen. Der **BSBD** wird seinen für dieses Jahr vorgesehenen Verbandstag im nächsten Jahr durchführen. Es wurde beschlossen, den Verbandstag im Juni 2022 mit Neuwahlen des Landesvorstandes durchzuführen. Der Landesvorstand wurde beauftragt, einen Tagungsort auszuwählen. Weiterer Schwerpunkt der Sitzung waren erste Vorbereitungen der Personalratswahlen im kommenden Jahr.

Zum Abschluss der Sitzung wurden der Kollege **Heiko Reckenbeil** (OV Unterraumfeld, Ortsverbandsvorsitzender) und die Kollegin **Sandra Grollnitz** (OV Tonna, stellv. Landesvorsitzende) zum **Bundesgewerkschaftstag** des **BSBD** vom **9. bis 11. November 2021 in Soltau** delegiert. Kollege **Bursian** (OV Arnstadt, Landesvorsitzender) wird Kraft seiner Funktion als Landesvorsitzender und Mitglied des Bundeshauptausschusses ebenfalls teilnehmen.

Die nächste Landeshauptausschusssitzung wird im Oktober in der **JSA Arnstadt** stattfinden.

Der Landesvorstand

Wichtige Gesetzesvorhaben auf dem Weg



Amtsangemessen und keine Besoldung nach Haushalts- sondern nach Rechtslage!

13 Jahre verfassungswidrige Besoldung in den untersten Besoldungsgruppen in Thüringen!
Als Ergebnis nach Prüfung der Kriterien des Bundesverfassungsgerichtes für Thüringen.

Unrecht beseitigen! Recht setzen! Vertrauen erhalten!

tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

Grafik: tbb

Der Landtag wird sich in Kürze mit wichtigen Gesetzesvorhaben beschäftigen. Neben dem Gesetzentwurf zur Herstellung einer verfassungskonformen Besoldung (über den Entwurf und unsere Auffassung dazu hatten wir mehrfach berichtet) wird sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf zur Einführung eines **Landesjustizvollzugsdatenschutzgesetzes** beschäftigen.

Der Gesetzentwurf zur Herstellung einer **verfassungskonformen Besoldung** wird nach erneuter Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss vermutlich noch vor Erscheinen dieser Ausgabe des Vollzugsdienstes im Landtag beraten.

Über das Echo zur Protestaktion des **tbb**, an der auch wir uns beteiligt haben, (Postkartenaktion) und zum Umstand,

ob der Entwurf noch geändert wurde, lagen uns zum Redaktionsschluss noch keine Informationen vor.

Ein zweites wichtiges Vorhaben ist die Einführung eines Justizvollzugsdatenschutzgesetzes.

Im Zuge dieses Gesetzentwurfes sind auch mehrere Änderungen des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches vorgesehen. Beispielsweise sollen die Fristen zur Erstellung des Vollzugsplanes verlängert werden, genauere Regelungen zur Fixierung erfolgen und das Überbrückungsgeld wieder eingeführt werden. Der **BSBD** hat eine umfangreiche Stellungnahme zum Entwurf erarbeitet, die voraussichtlich auch auf der Transparenzplattform des Landtages veröffentlicht wird.

J. Bursian, Landesvorsitzender

BSBD jetzt auch in der „Kommission Dienstrecht“ des tbb vertreten

Der **tbb** hat bereits kurze Zeit nach seiner Gründung eine ständige **Kommission Dienstrecht** eingerichtet, die sich mit den wichtigsten Gesetzesvorhaben der Landesregierung beschäftigt und Stellungnahmen des **tbb** in förmlichen und nichtförmlichen Anhörungsverfahren vorbereitet.



Zu diesen Gesetzesvorhaben gehören nicht nur beamtenrechtliche Regelungen, sondern auch Gesetzesvorhaben, die durch die Landesbeschäftigten und die Landesverwaltung

umgesetzt werden müssen und die damit deren Arbeit auch mittelbar beeinflussen.

BSBD Landesvorsitzender **Jörg Bursian** wurde jetzt in diese Kommission berufen und in der Sitzung am 9. August 2021 gebeten, als einer von mehreren Stellvertretern des Vorsitzenden der Kommission zu fungieren. Damit erhalten wir früher als bisher In-

formationen zu Vorhaben der Landesregierung und die Möglichkeiten des **BSBD**, sich in diesen Prozess einzubringen, verbessern sich dadurch weiter.

Der Landesvorstand